

»Zum Geburtstag
wünsche ich mir
eine Hebamme.«



Gemeinsame Abschlussmahnwache in Berlin am 21. Oktober 2010 von 14 -16 Uhr

Der Bundesverband und die Landesverbände agieren seit Monaten auf den unterschiedlichsten Ebenen, um ein existenzsicherndes Einkommen für die freiberuflich tätigen Hebammen zu erreichen.

Die bundesweiten Mahnwachen während der Sommermonate haben noch einmal wichtige Signale gesetzt und verdeutlicht, dass das Schiedsstellenergebnis nicht die erhoffte Lösung gebracht hat. Die Botschaft ist angekommen, dass weitere Hebammen unter der Last der steigenden Haftpflichtprämie und stagnierender Honorare die Geburtshilfe aufgeben werden. Auch die vielfältigen Reaktionen aus allen Parteien zeigen, dass die Gefährdung einer flächendeckenden, verlässlichen geburtshilfen Versorgung von den politisch Verantwortlichen- zumindest auf der Länderebene - gesehen wird.

Um auch Minister Rösler im Gesundheitsministerium die Gelegenheit zu geben, sich an seine Zusagen vom Mai 2010 zu erinnern, wurde der gemeinsame Abschluss der Mahnwachen besuss nach Berlin verlegt. Noch immer wartet nämlich der Hebammenverband auf eine verbindliche Zusage für einen „Runden Tisch“, um gemeinsam mit den Ministerien, den Spitzenverbänden der Krankenkassen und der Versicherungswirtschaft eine akzeptable Lösung zu finden.

Kommen Sie am 21. Oktober um 14 Uhr zur geminsamen Abschlußmahnwache nach Berlin. Bringen Sie Ihre Plakate und Transparente mit. Durch unsere schweigende Präsenz fordern wir die Bundesgesundheitspolitik dazu auf, sich für den Erhalt der Geburtshilfe durch Hebammen einzusetzen. Reihen Sie sich ein und machen mit! Auf jede Einzelne kommt es an!

Zum Redaktionsschluss des HF lag die Genehmigung für den genauen Ort der Mahnwache noch nicht vor. Über einen Newsletter Ende September und die Homepage des DHV www.hebammenverband.de werden weitere Details bekannt gegeben.

„Die Arbeit der Hebammen ist unverzichtbar“

Unterschriftenaktion des Katholischen Deutschen Frauenbundes

Unterschiedliche Organisationen wie der AKF (Arbeitskreis Frauengesundheit) und der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB) solidarisieren sich aktuell mit den freiberuflichen Hebammen und den schwangeren Frauen. Beide großen Organisationen treten mit konkreten Forderungen an die Politik und die Krankenkassen heran.

Der unabhängige Katholische Frauenbund mit bundesweit 220 000 Mitgliedern hat eine Unterschriftenaktion gestartet. Der Frauenbund fordert Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler sowie Versicherungsträger und Krankenkassen dazu auf, tragfähige Lösungen im Sinne der Frauen und der

Neugeborenen zu finden. Der Frauenbund fordert auch, dass Hebammenhilfe finanziell solide abgesichert sein muss, damit Schwangere überall eine verlässliche Geburtshilfe erhalten und Hebammen nicht ihre Existenz verlieren.

Die Unterschriftenaktion läuft bis zum 15. Oktober.

Unterschriftenlisten können unter folgendem Link heruntergeladen werden:

http://www.frauenbund.de/fileadmin/user_upload/Startseite/KDFB_Unterschriftenliste_Hebammen.pdf

Dr. Edith Wolber, Pressestelle des Deutschen Hebammenverbandes